

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**

12. Sitzung  
27. November 2017

Beginn: 12.35 Uhr  
Schluss: 14.27 Uhr  
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht des Senats**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Wir kommen zu:

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Die zukünftige Entwicklung der Integrations- und  
Migrationsforschung in Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die  
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0011](#)  
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Hierzu begrüße ich als Anzuhörende Frau Prof. Dr. Naika Foroutan, sie ist stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der HU Berlin, und Herrn Prof. Dr. Ruud Koopmans, er ist Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie da sind.

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. Dies scheint der Fall zu sein. Dann verfahren wir so. – Dann bitte ich die Koalition um die Begründung des Besprechungsbedarfs. – Herr Schulze, bitte!

**Tobias Schulze (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will es ganz kurz machen. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um hierherzukommen und uns darzustellen, wie die Entwicklung der Integrations- und Migrationsforschung in Berlin vorangeht, welche Linien es da gibt, welche Forschungsfragen im Mittelpunkt stehen, welche Kooperationen Sie haben. Ich glaube, kaum eine Disziplin ist derzeit so gefragt. Insofern bedanke ich mich umso mehr, dass Sie Zeit gefunden haben herzukommen. Von jedem von Ihnen und von Ihren Arbeitsbereichen kann man in öfter in der Zeitung lesen und kann Sie im Fernsehen sehen. Sie sind auch vielgefragte politische Ratgeber. Das ist einer der Gründe, warum wir als Koalition das Thema hier gerne im Ausschuss besprochen haben wollten und uns sehr freuen, dass Sie uns Rede und Antwort stehen. – Danke schön!

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Herr Schulze! – Dann würde ich Sie in alphabetischer Reihenfolge um Ihre Stellungnahme bitten, zunächst Frau Prof. Dr. Foroutan – bitte!

**Frau Prof. Dr. Naika Foroutan (HU Berlin):** Vielen herzlichen Dank, sehr geehrte Herr Abgeordneter, sehr geehrter Herr Staatssekretär für die Einladung. Wir freuen uns beide sehr, dass wir Ihnen hier erklären können, was wir außerhalb dessen eigentlich machen, was Sie in der Zeitung oder Presse vielleicht lesen, weil wir gerade stark mit Aufbauarbeiten beschäftigt sind. Ich habe mir gedacht, ich stelle ganz kurz die Entwicklungen an unserem Institut, am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität, vor. Und nachher können wir zu dem Projekt, an dem wir gemeinsam arbeiten, zum Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsfragen, etwas sagen.

Das Berliner Institut, abgekürzt BIM, gibt es seit 2014. Es ist an der HU zunächst nur als Drittmittelprojekt mit einer jährlichen Grundförderung von 350 000 Euro durch die Hertie-Stiftung und 100 000 Euro durch den Deutschen Fußballbund angegliedert gewesen. Das war von Anfang an als transdisziplinäres Institut gedacht mit insgesamt derzeit acht Abteilungen, die ungefähr die Bereiche der Migrations- und Integrationsforschung abdecken, also Arbeitsmarkt, Bildung, Sport, Kultur etc. Wir haben uns von Anfang an vorgenommen, das BIM auf drei Säulen aufzubauen, dass wir zum einen, weil wir ein universitärer Standort sind, uns auf Grundlagenforschung konzentrieren, dass wir aber auch gleich Nachwuchsforschung mit im Blick haben. Wir haben damals gezielt gesagt, wofür bilden wir aus an Universitäten, nicht nur dafür, dass die Personen dann weiter an Universitäten bleiben, sondern auch für Politik, NGOs, für den öffentlichen Raum. Und wir haben eine Säule ganz stark gemacht, das ist der Transfer, weil wir festgestellt haben, dass der ganze Bereich Migrationsforschung sehr stark zur Versachlichung der Debatten in diesem Feld beitragen könnte. Also haben wir den Transfer stark gemacht. Wir sind mit dem Senat in mehreren Kooperationseinheiten, wo wir unsere Forschung den Mitgliedern des Senats z. B. in den Bereichen Bildung oder Gesundheit wei-

tergeben. Es wurde hier mehrfach die Studie zitiert, die wir zusammen mit dem SVR zur Vielfalt im Klassenzimmer und zur Voreingenommenheit von Lehrkräften explizit gegenüber türkeistämmigen Schülerinnen und Schülern gemacht haben. Dazu haben wir also auch kooperiert. Und wir sind beratend beteiligt an dem derzeit sich entwickelnden Gesamtkonzept des Berliner Senats für Fragen der Integration, Migration und Flucht.

Wir sind als BIM außerdem vonseiten des Bundes zum Aufbau des neuen Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung hier in Berlin beauftragt worden. Da sind wir allerdings nur ein Akteur von sieben Akteuren unterschiedlicher Standorte in Deutschland, aber wir sind mit dem Aufbau beauftragt worden und haben es auch geschafft, im Rahmen der Debatten, das Deutsche Zentrum wirklich in Berlin zu verankern, was – für diejenigen, die sich vielleicht erinnern – am Anfang gar nicht so klar war, denn es gab starke Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen, das Zentrum nach NRW zu holen.

Was wir sagen können ist, dass unsere Grundausrüstung mit jährlich 450 000 Euro sehr prekär war. Die Migrations- und Integrationsforschung in diesen Zeiten der teilweise erhöhten Aufmerksamkeit zu bedienen, hat sich irgendwann als nicht besonders nachhaltig dargestellt. Im Zuge der Bemühungen darum, das Deutsche Zentrum hierherzuholen, haben wir deswegen auch vonseiten des Senats für Wissenschaft mit der Humboldt-Universität vier Professuren zur Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung verhandeln können. Sie sind im neuen Hochschulvertrag verankert. Diese sollen im nächsten Jahr ausgeschrieben werden. Es ist derzeit vorgesehen, sie in vier profilierten Feldern auszuschreiben: zum einen für Bildung, vor allen Dingen für Lehramtsausbildungen, weil wir alle wissen, dass wir da ein großes Problem haben, dass wir da hinein mehr investieren müssen. Die Professuren werden wie folgt besetzt: einmal für den Bereich Bildung, einmal für den Bereich Kultur, da wird die Besetzung von der Europäischen Ethnologie stattfinden, einmal für den Bereich Wirtschaft und einmal für den breiteren Bereich Gesellschaft und Integration.

Das BIM ist seit zwei Wochen zum interdisziplinären Zentrum der Humboldt-Universität von Gremien gewählt worden. Das heißt, wir sind jetzt in der HU institutionalisiert worden und nicht mehr Drittmittelprojekt, sondern in der Tat als ein interdisziplinäres Zentrum. Das wäre zunächst einmal meine ganze Information zum BIM. Wenn Sie wollen, würde ich vorschlagen, dass wir erst das WZB hören und dann gemeinsam zum DeZIM etwas sagen. Einverstanden?

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Das können wir so machen.

**Prof. Dr. Ruud Koopmans** (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung – WZB –): Dann fange ich mal an, über meine Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am WZB hier in Berlin zu sprechen. Die Abteilung gibt es seit 2007, also seit zehn Jahren jetzt. Das Personal besteht aus meiner Person und vier wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen, eine relativ kleine Einheit, etwas größer als ein normaler Lehrstuhl an einer Uni, aber viel kleiner als z. B. Max-Planck-Institute, weil das WZB aus ganz vielen verschiedenen Forschungsbereichen besteht: aus sechs Hauptbereichen, davon ist Migration, Diversität nur eine.

Inhaltlich heißt das, dass wir nicht kontinuierlich alle Bereiche in der Migrations- und Integrationsproblematik abdecken können. Wir haben uns in der Vergangenheit mit vielen Sachen beschäftigt, aber zurzeit sind es vor allem vier Themen, die uns beschäftigen. Das ist erstens

die Arbeitsmarktintegration einschließlich der Arbeitsmarktdiskriminierung, zu der wir ein großes Projekt haben, wo wir die Datensammlung gerade abgeschlossen haben, von der sie wahrscheinlich in der nächsten Zeit Ergebnisse hören werden. Ein zweites größeres Projekt beschäftigt sich mit religiösem Fundamentalismus und Radikalisierung. Ein drittes Themenfeld ist der Zusammenhang zwischen ethnischer und religiöser Diversität und gesellschaftlichem Zusammenhalt, also Kooperationen in Nachbarschaften, Vertrauen zwischen Bürgern. Und ein vierter Bereich ist die international vergleichende Analyse von Integrationspolitik und Migrationspolitik. Wir machen viel international vergleichende Forschung. Da ist es natürlich wichtig, dass man auch gute Daten darüber hat, wie sich z. B. die deutsche Integrationspolitik, insofern es sie gibt – natürlich gibt es regionale Variationen, aber es gibt auch viele Gemeinsamkeiten –, z. B. unterscheidet von der niederländischen oder der französischen. Da haben wir wirklich, glaube ich, Pionierarbeit geleistet, weil da bis vor einiger Zeit noch nicht viel mehr als Klischees über die deutsche Politik und die französische Politik waren; und wenn man sich das genauer anschaut, dann sieht das doch ein bisschen komplizierter und weniger klischeemäßiger aus.

Mit solchen Daten kann man auch die schwierige Frage nach kausalen Zusammenhängen stellen: Wie steht es um die Wirkung der Integrationspolitik? Sind bestimmte Formen der Integrationspolitik wirksamer als andere? Das sind auch Fragen, die man auf lokaler und regionaler Ebene stellen kann. Deutschland wäre auch ein besonderes Versuchsfeld, weil wir eine föderale Ordnung haben. Wir haben 16 Bundesländer, mit zum Teil noch Städten, die Integrationspolitik deutlich unterschiedlich gestalten. Leider ist es aber so, dass es nicht so einfach ist, die Länder mitzukriegen, um Daten ländervergleichend auszuwerten, vielleicht auch, weil die Angst besteht, dass man bei einem Vergleich nicht so gut abschneidet. Das ist eigentlich das, was ich zum WZB im Kern sagen möchte. – Vielleicht mache ich gleich die Überleitung zum DeZIM, und du ergänzt mich, falls ich etwas vergesse.

In diesem Jahr wurde das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung gegründet, bei dem das WZB und die HU mit dem BIM zwei der sieben Gründungspartner sind. Dieses DeZIM hat zwei Säulen, ein DeZIM-Institut, das an der HU angesiedelt werden soll – oder nicht? Dazu sagt Frau Foroutan etwas.

Und ich sage etwas zu der DeZIM-Gemeinschaft. Diese ist ein Kooperationsverbund dieser sieben wissenschaftlichen Einrichtungen in verschiedenen Bundesländern, die sich dazu gerne verpflichtet haben, miteinander zusammen kooperative interdisziplinäre Forschungsprojekte zu einer Reihe von Themen zu entwickeln. Ich nenne beispielhaft die drei, bei dem das WZB involviert ist. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsmarktforschung in Nürnberg und mit der Universität Mannheim haben wir ein Projekt über Arbeitsmarktintegration mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Mit dem Zentrum für interdisziplinäre Konfliktforschung in Bielefeld machen wir ein gemeinsames Projekt zur Radikalisierung, weil sowohl da als auch hier – und das ist eigentlich etwas, was wir erst im Prozess der DeZIM-Gründung festgestellt haben – zwei Projekte mit ähnlichen Fragestellungen liefen, z. T. mit anderen methodischen Herangehensweisen, wo wir jetzt die beiden Projekte zusammenbringen. Das ist genau das, was man sich von einer solchen Vernetzung verspricht, auf der einen Seite zu vermeiden, dass man zweimal das Gleiche macht, aber auch unterschiedliche methodische und theoretische Herangehensweise zusammenzubringen und so Ergebnisse zu bringen, die auf eine breitere Basis gestellt sind.

Und das Dritte ist ein Projekt, wo auch Naika involviert ist, wo mehrere – ich glaube, insgesamt fünf von den sieben Instituten – involviert sind. Dabei soll es um die Verfolgung des Migrations- und Integrationsprozesses gehen, von den Quellen, von den Herkunftsländern über Transitländer bis in die Einwanderungsgesellschaft, um so mit Erhebungen in verschiedenen Stadien dieses Migrations- und Integrationsprozesses wirklich etwas über kausale Abläufe herauszufinden. Das machen wir in Bezug auf bestimmte ausgewählte Zielländer, die noch nicht genau festgelegt sind. Aber auch das soll im nächsten Jahr starten.

Vielleicht als Letztes noch: Es ist von Anfang an die Bestrebung gewesen, im Laufe des Gründungsprozesses des DeZIM, dass von den beteiligten Ländern auch flankierende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das hat Naika schon erwähnt, dass da das Land Berlin vier Professuren für das BIM finanziert hat. Leider ist das WZB bisher leer ausgegangen. Das hat natürlich etwas damit zu tun, dass wir keine universitäre Einrichtung sind, sondern eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die allerdings zu 75 Prozent vom Land Berlin und nur zu 25 Prozent vom Bund finanziert wird. Aber für uns ist wichtig, damit wir in die Kooperation mit dem BIM wirklich einsteigen können, dass wir das nicht mit den begrenzten Ressourcen, die wir bisher hatten, tatkräftig machen können. Vielleicht können wir später noch einmal darüber reden, ob es da vielleicht Möglichkeiten gibt, auch für das WZB eine solche flankierende Förderung auf die Beine zu stellen.

**Frau Prof. Dr. Naika Foroutan (HU Berlin):** Dann ergänze ich noch den Punkt Zweisäulenprogramm. Es wurde schon klar, dass die erste Säule eben diese Gemeinschaft ist. Das war von Anfang an auch das Ziel. Ich glaube, allein schon durch die Projekte, die wir jetzt schon in Angriff genommen haben, wie Ruud eben skizziert hat, ist deutlich geworden, dass unsere Annahme richtig war, dass wir, wenn wir eine Zentralisierungsstruktur schaffen können, automatisch mehr mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Republikteilen zusammenarbeiten, was bisher relativ disparat war. Wir haben das zur Kenntnis genommen, was sie publiziert haben, sie haben uns zur Kenntnis genommen, aber die arbeiten mit anderen Methoden, wir mit anderen. Das zusammenzuführen, ist grundsätzlich für die Stärkung des Standorts Deutschland, was die Migrationsforschung angeht, der richtige Punkt gewesen. Wir haben da im richtigen Moment zugegriffen, als es diese große Aufmerksamkeit für die Migrations- und Integrationsforschung gab. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das jetzt noch einmal so erreicht hätten. Jetzt müssen wir das natürlich füllen.

Parallel dazu gibt es das sogenannte DeZIM-Institut, ein eingetragener Verein, dass als ressortforschungsnahes Institut dem derzeitigen Bundesfamilienministerium angegliedert ist. Da können Sie sich vorstellen, dass im Moment alles relativ unsicher ist, was da passiert. Solange es nicht zur Regierungsbildung gekommen ist, sind die nächsten Schritte erst einmal nur Planung. Die Planung sieht vor, dass wir in Berlin Räume beziehen, dass wir Abteilungen gründen und wir in Arbeit kommen und dass wir auch weiterhin responsiv für Transfer sind und dann natürlich auch für die Ressortthemen. Aber im Moment kann ich dazu nichts weiter sagen, als dass es im Zuge der Regierungsbildung erst einmal ruht. – So viel von meiner Seite.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Ganz herzlichen Dank, Frau Prof. Foroutan und Herr Prof. Koopmans. – Wir kommen nun zur Aussprache und zu den Fragen der Abgeordneten an die Anzuhörenden. Ich habe Frau Bentele als Erste auf der Redeliste. – Bitte schön!

**Hildegard Bentele** (CDU): Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. – Das ist ein Bereich, in dem ich mich nicht so gut auskenne. Ich habe jetzt viel gelernt über die Strukturen. Mich interessieren natürlich auch die Inhalte. Deshalb finde ich es auch sehr spannend, dass wir Herrn Koopmans hier haben. Sie sind ja für ganz prägnante Aussagen und Forschungsergebnissen bekannt. Deshalb stelle ich gleich zu Anfang die Frage – Sie sind hier sehr einvernehmlich aufgetreten, aber vielleicht können Sie ja doch so frei sprechen: Haben Sie den Eindruck, dass jetzt in dieser neuen Struktur und mit diesen neuen Möglichkeiten eben auch die relevanten Fragen offen und frei angegangen werden? Oder gibt es doch bestimmte Vorgaben oder Denkstrukturen, politische Korrektheit, wie auch immer man das nennen möchte, die verhindern, dass bestimmte Fragen gestellt werden und bestimmten Fragen nachgegangen wird? Das wäre das Eine.

Zweitens interessiert mich, wie dann mit den Ergebnissen umgegangen wird, inwieweit sie in der Schublade verschwinden oder wie andere Ergebnisse, die vielleicht politisch eher gewünscht sind, breit publiziert werden.

Dann hätte ich noch eine Frage dazu. Ich bin eigentlich Bildungspolitikerin, komme eben aus dem Schulbereich. Da fiel mir etwas auf, Herr Koopmans. Sie hatten gesagt, dass die Sprache ein ganz wichtiges Element bei der Integration sei. Wir beschäftigen uns gerade stark mit dem Ersatz des türkischen Konsulatsunterrichts in Berlin. Ich persönlich und auch viele Kollegen hängen der These an, dass derjenige, der die Muttersprache gut lernt, auch gut Deutsch lernt. Dazu gibt es auch Studien von Wissenschaftlern. Ich glaube, Sie haben da anderes herausgefunden oder andere Ansätze. Das würde mich schon sehr interessieren, weil wir versuchen, mit Mehr- oder Zweisprachigkeit einen neuen Ansatz zu schaffen. Da würde mich ganz besonders interessieren, wie Sie das mit diesen Sprachenfolgen bei der Migration/Integration sehen, was man da richtig machen sollte und was vielleicht nicht.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Frau Bentele! – Herr Schulze bitte!

**Tobias Schulze** (LINKE): Danke schön! – Ich war eben ein bisschen verwundert, als Sie gesagt haben, Sie seien so lange ein Drittmittelprojekt auf prekärer Basis gewesen. Dass der DFB da auch mit drinhängt, ist zwar sehr schön, ersetzt aber keine grundständige Finanzierung. Ich glaube, Ihre Gefragtheit als Expertin und als Experte zeigt auch, dass die Gesellschaft ein großes Bedürfnis hat, über dieses Thema zu diskutieren. Auch wir in der Politik haben das Thema ständig als Diskussionsthema als einen, wenn nicht den neuen Großkonflikt im politischen Feld. Umso wichtiger, glaube ich, dass hier Zeichen gesetzt werden, was auch die Ausstattung eines solchen Instituts und damit auch die Möglichkeit, wie Sie sagten, die Debatte zu versachlichen, angeht. Ich glaube, da ist wissenschaftliche Erkenntnis immer hilfreich und gut. Wir haben in vielen Punkten auch einen Nachholbedarf, was die Wissens-erarbeitung in dem Feld angeht. Wir wissen z. B. immer noch nicht, wie Migrantinnen und Migranten wählen, weil es dazu viel zu wenige Studien gibt. Es gibt einzelne Anhaltspunkte, aber so richtig wissen, tun wir es nicht. Es wäre eigentlich spannend.

Die Frage wäre an Sie, ob Sie die Langzeitaufgabe und diese Großfrage Integration/Migration im 21. Jahrhundert angemessen gewürdigt finden, auch in der Wissenschaftsfinanzierung und -ausstattung oder ob Sie sagen, da müsste eigentlich mehr passieren, ob Sie die für unterschätzt halten. Das würde mich interessieren.

In dem Zusammenhang auch: Ich glaube, Sie, auch beide Institutionen, die Sie hier vertreten, haben schon immer, einen größeren Anteil an Politikberatung in Ihren Arbeitsfeldern. Wie schätzen Sie das ein? Wird das in den Institutionen unterstützt, auch zeitlich, was Arbeitszeiten angeht? Oder sagen Sie, dieser Transferteil kommt eigentlich ein bisschen zu kurz, dafür müssten wir eigentlich eine andere Ausstattung und vielleicht auch eine andere Struktur haben? Das würde mich auch interessieren.

Ein letzter Teil wäre die Frage: Wie sehen Sie Berlin im Bundesvergleich aufgestellt im Bereich Migrations- und Integrationsforschung? Ich kenne die Landschaft nicht so gut. Vielleicht können Sie dazu auch noch etwas sagen, ob das passt, ob da mehr passieren müsste.

Eine allerletzte Frage wäre noch, wie Sie die Verbindung Ihrer beiden Einrichtungen und auch dann des Deutschen Instituts zum Standort Berlin betrachten. Berlin hat selbst viel Erfahrungen und viele Aufgaben in der Integrationsarbeit und in der Integrationspolitik. Wie sehen Sie die Möglichkeiten, hier direkt mit der Stadt vor Ort als Forscherin und Forscher zu kommunizieren und Beiträge zur Problemlösung zu leisten? – Danke schön!

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Herr Schulze! – Ich hatte jetzt keine weiteren Wortmeldungen und habe mich selbst auf die Rednerliste gesetzt. – Frau Bentele! Sie wollen noch einmal, bitte!

**Hildegard Bentele (CDU):** Ganz kurz eine Ergänzung: Ich habe noch eine Frage als Bildungspolitikerin. Wir haben seit zwei Jahren die Willkommensklassen in der Stadt mit Tausenden von Schülern. Da würde mich nur interessieren, ob Sie das als Forschungsgegenstand aufnehmen, da uns das noch lange beschäftigen wird und es ein abgegrenzter Bereich ist.

**Martin Trefzer (AfD):** Jetzt bin ich auf der Rednerliste, ich mache es ganz kurz. Ich wollte noch einmal auf die inhaltlichen Knackpunkte zu sprechen kommen. Herr Koopmans! Sie haben in Ihrer Forschung insbesondere die Rolle der soziokulturellen Faktoren betont, welche Rolle Sprachkenntnisse, interethnische Kontakte oder auch beispielsweise das Verständnis von Geschlechterrollen spielen, das habe ich Ihrer aktuellen Publikation entnommen. Ich glaube, Frau Foroutan, Sie verfolgen da einen anderen Ansatz, der eher den Fokus auf Diskriminierung und Benachteiligung legt und daraus Schlussfolgerungen zieht. Ich wollte einfach zur Klärung, dass Sie da noch einmal die unterschiedlichen Konzepte deutlich machen und vielleicht sagen, wie Sie damit in der Forschung umgehen.

Dann hätte ich auch eine Frage ähnlich der von Frau Bentele: Ist es so, dass es da politische Rahmenbedingungen gibt, die Sie eher fördern, die Sie eher hemmen? Sehen Sie sich als unbehelligt in Ihrer Forschungsfreiheit, oder sehen Sie da doch irgendwie vorformulierte Leitinteressen durch die Politik? Vielleicht können Sie so offen sprechen an der Stelle.

Frau Foroutan! Sie hatten einmal in einem Interview, ich glaube, es war schon 2014, gesagt, dass Deutschlands Markenkern immer wieder neu verhandelt werden müsse. Das hat mich ein bisschen irritiert. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, was für eine Vorstellung von Integration so einer Aussage zugrunde liegt. – Vielen Dank, das waren meine Äußerungen als Vertreter der AfD-Fraktion.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Jetzt hat Frau Czyborra das Wort, bitte!

**Dr. Ina Maria Czyborra (SPD):** Noch einmal herzlichen Dank an die Anzuhörenden auch von mir. Es ist hier gerade so eine gewisse Mode, in Anhörungen zu sagen: Nennen Sie mal drei Punkte –, daher meine Frage: Nennen Sie doch einmal drei Desiderate der Forschung, drei Themen, von denen Sie meinen, die müssten dringend erforscht werden, aber Sie haben die Mittel dafür nicht.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Schulze noch einmal, bitte schön!

**Tobias Schulze (LINKE):** Ich möchte nur noch eines zu der jetzt schon mehrfach aufgetauchten Frage sagen, ob die Wissenschaftlerin und der Wissenschaftler offen hier reden dürfen oder nicht: Ich finde, ehrlich gesagt, diese Unterstellung, dass hier die Political Correctness es verhindere, dass hier jemand offen rede, ziemlich schräg. Wenn wir uns Anzuhörende einladen und sie hier ihre Meinung sagen und hier ihre Meinung sagen sollen, dann, finde ich, sollten wir nicht solch komische halb unterstellende Fragen mit reinnehmen, es gäbe es irgendeinen Mainstream, der verhindere, dass hier jemand offen seine Meinung sagt. Ich gehe davon aus, dass hier alle offen ihre Meinung sagen können. Und ich glaube, das müssen wir nicht noch einmal betonen und unterschwellig hier einbringen. Das wirft auch ein komisches Licht auf unsere Debatten hier im Ausschuss. – Danke schön!

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, für dieses Statement, Herr Schulze! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall, dann würde ich Sie, die Anzuhörenden, bitten, die gestellten Fragen zu beantworten und noch einmal Stellung zu nehmen – wie Sie möchten, gerne wieder in der gleichen Reihenfolge.

**Prof. Dr. Ruud Koopmans (WZB):** Danke für die Fragen. Ich fange einmal mit den Fragen von Frau Bentele an, weil die Antwort schon ein bisschen gegeben wurde. Ich muss sagen, im Rahmen des DeZIM habe ich überhaupt keine Befürchtungen. Auch die bisherigen Erfahrungen sind sehr positiv. Ich glaube, ein Problem mit der ganzen Integrations- und Migrationsdebatte ist die starke Polarisierung. Die gibt es zum Teil auch in der Wissenschaft. Gerade deshalb ist es, denke ich, gut, dass Wissenschaftler zusammenkommen und miteinander reden, Forschungsergebnisse, Methoden, Theorien austauschen. Da lassen sich auch in der Wissenschaft manche Missverständnisse oder Fehlwahrnehmungen übereinander aus dem Weg räumen. Die DeZIM-Gemeinschaft ist wirklich heterogen zusammengesetzt, sonst hätte ich da auch nicht mitgemacht. Es ist wirklich eine gute Repräsentation der Migrations- und Integrationswissenschaftslandschaft. Da sind Akteure dabei, die vielleicht nicht so in der Öffentlichkeit bekannt sind, die aber sehr gute international anerkannte Forschung machen. Ich glaube, uns allen ist gemeinsam, dass wir in allererster Linie nach wissenschaftlichen Kriterien arbeiten. Man sollte Respekt für die Empirie haben, das sollten Wissenschaftler natürlich, und das tun die meisten zum Glück auch, das tun zum Glück auch alle, die in dieser DeZIM-Gemeinschaft vertreten sind, ich bin da sehr optimistisch.

Ihre zweite Frage, was mit den Ergebnissen passiert, da muss man ein bisschen differenzieren zwischen der DeZIM-Gemeinschaft und dem DeZIM-Institut. Bei der Gemeinschaft, da haben wir uns sehr stark dafür gemacht, dass wir inhaltlich völlig unabhängig agieren können. Das ist auch keine Auftragsforschung. Wir formulieren unsere Forschungsfragen selbständig. Wir haben ein hundertprozentiges Recht, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Das ist ein rein wissenschaftlich gesteuerter Pfeiler. Mit dem DeZIM-Institut ist es ein bisschen anders. Wie



Naika schon sagte, müssen wir erst einmal abwarten, wie das jetzt unter einer neuen Regierung aussehen wird. Aber das ist ein Institut, das einem Ministerium angegliedert ist, da gibt es dann zumindest die Vorgabe, dass sich die Forschung auf politikrelevante Fragen, die etwas mit der breiten Politik Familie, Senioren usw. beziehen. Das Ministerium ist relativ breit aufgestellt, aber es hat auch da bestimmte Grenzen. In der Organisationsstruktur des DeZIM haben wir uns stark dafür gemacht, dass ir als DeZIM-Gemeinschaft wiederum in den Gremien des DeZIM-Instituts eine starke Stimme haben und sogar zum Teil ein aufschiebendes Vetorecht, wenn es um inhaltliche Fragen geht. Wir sind uns dieser Problematik durchaus bewusst gewesen und haben versucht, maximale Garantien zu bekommen. Wenn ein Ministerium ein ressortforschungsnahes Institut auf die Beine stellen will, dann ist es klar, dass es Fragen beantwortet haben will, die für das Ministerium relevant sind. Das ist an und für sich auch unproblematisch. Ansonsten muss man sehen, wie das dann in der Praxis geht.

Dann die Frage Bildung: Das kann ich verknüpfen mit der Frage nach den drei Punkten. Das wäre so ein Punkt. Ich habe schon gesagt, was meine Forschungsabteilung angeht: Mit einer Professur und vier Mitarbeitern kann man natürlich nicht alle Migrations- und Integrationsfragen beantworten. Eine Entscheidung, die wir haben treffen müssen, ist, dass die Bildungspolitik für uns nicht das zentrale Thema ist. Wir haben das manchmal etwas am Rande mitgenommen, vor allem Bildung als Determinans z. B. von Arbeitsmarktintegration. Aber Bildungsintegration an und für sich ist nicht ein Thema, das wir bisher erforscht haben. Ich würde das schon gerne, aber dafür bräuchte es dann wirklich zusätzliche Ressourcen.

Und was auch wichtig ist: Es bräuchte dafür auch Zugänge, weil wir einmal in einem Projekt, da ging es um Diversität und Zusammenhalt, versucht haben, eine Studie über Diversität an Schulen zu machen, über Kooperationen in Schulklassen, Vertrauen unter den Schülern, zwischen Schülern und Lehrern, zwischen den Eltern, aber da braucht man die Unterstützung der Verwaltung und der entsprechenden Behörden, die dann auch den Schulen sagen, ihr solltet bei diesen Forschungen mitmachen. Die ist damals nicht zustande gekommen. Dann ist man auf die Teilnahmebereitschaft einzelner Schulen angewiesen. Die einen wollen dann, die anderen nicht. Dann ist es nicht mehr repräsentativ. Es wäre mir neben den Ressourcen ein zweites wichtiges Anliegen, dass wir in solchen Fällen auch die Mitarbeit des Senats bekommen, dass z. B. Zugang zu Schulen ermöglicht wird.

So etwas wie die Willkommensklassen wäre natürlich ein schönes Thema. Zu Ihrer Frage Sprache, muttersprachlicher Unterricht: Ich kenne keine Studie, die zeigt, dass es schädlich ist, ich kenne aber auch keine Studie, die zeigt, dass es nützlich ist. Wenn es um Integration geht, um die Chancen von Kindern im Bildungssystem oder später auf dem Arbeitsmarkt, ist das einzig Relevante jetzt die Kenntnis der deutschen Sprache. Die These, dass man besser Deutsch lernt, wenn man erst richtig Türkisch kann, die ist in der Forschung – das wissen Sie selbst wahrscheinlich auch – extrem umstritten. Wenn ich zumindest diese Forschung zusammenfasse, würde ich sagen, entweder gibt es da keinen oder eher einen gegenteiligen Effekt. Aber wenn ich auf meine eigene Forschung in anderen Bereichen schaue, dann muss man sagen: Entscheidend sind die deutschen Sprachkenntnisse. Wenn man investieren will, dann sollte man es da tun. In diesem spezifischen Bereich ist die Abwägung, sollte man existierende muttersprachlichen Unterricht, organisiert von der Türkei aus, haben, das ist natürlich auf alle Fälle integrationsschädigend. Dann steht die Frage, die letztendlich eine politische Frage ist, ob man es ganz abschafft oder ob man es ersetzt durch einen vom Land Berlin organisierte muttersprachliche Förderung. Man sollte sich aber nicht davon positive Integrati-

onseffekte versprechen. Dann muss man sagen, wir tun das als Ziel an und für sich, wir finden es wichtig, dass Leute auch die türkische Sprache oder eine andere Muttersprache lernen, aber zu denken, dass sich damit die Bildungserfolge verbessern werden, das ist, denke ich, naiv. – So weit erst einmal, dann schaue ich, was noch nicht beantwortet wurde.

**Frau Prof. Dr. Naika Foroutan** (HU Berlin): Das ist auch ein guter Punkt, um zu übernehmen, weil ich eine ganz andere Position hierzu vertrete, dann können Sie jetzt von unserem einvernehmlichen, gemeinsamen Präsentieren nicht den Eindruck mitnehmen, dass das hier etwas sei, das auf politischer Korrektheit beruht. Es liegt aber daran – das ist jetzt keine persönliche Positionierung, das auch, aber das kann ich jetzt einmal weglassen –, dass wir bei uns am BIM einen starken Fokus auf Bildung haben und bei uns Petra Stanat die Abteilung Bildung leitet und gerade an einer Studie gearbeitet hat, wo es um die Effekte der Muttersprache auf die Erlernung von Deutsch als zweiter Sprache oder als Parallelsprache ging. Die Ergebnisse weisen auf etwas hin, wogegen sie sich immer sehr lange gewehrt hat – das sind eigentlich Ergebnisse von Ingrid Gogolin von den Hamburger Erziehungswissenschaftlern, die immer das Muttersprachliche so stark gemacht haben. Das war in der Wissenschaft sehr lange umstritten, wurde gerade auch vonseiten von Petra Stanat sehr angegriffen. Sie kommt jetzt eben nach neuen Erhebungen mit neuen Methoden zu der Erkenntnis zu sagen, ich ärgere mich, aber ich muss es zugeben, es stimmt. Es ist also so, dass es sich das Erlernen der deutschen Sprache verbessert, wenn man das parallel fördert.

Insofern denke ich, dass – das wäre jetzt ein politikberatender Teil –, wenn man sagt, zu Integrationserfolgen gehört auch immer ein Teil der symbolischen Anerkennung und Wertschätzung, mit Sicherheit die Wertschätzung der anderen Sprache nicht nur ein Skill ist, wo man überlegt, in diesem Ganzen ist Sprache an sich ein Wert, dann fördern wir das sowieso. Es ist aber auch darüber hinaus eine symbolische Anerkennung, die dann integrationsfördernd sein kann. Dann würde ich denken, wenn es Mittel dafür gibt, in muttersprachlichen Unterricht zu investieren, dann wäre das durchaus ein sinnvolles Tool.

Wir kennen das Problem natürlich alle: Welche Muttersprache wählt man bei 192 unterschiedlichen Nationalitäten, die durchaus vielleicht an den Schulen präsent sind, da aus? Das ist eher eine viel größere Schwierigkeit. Dazu könnte ich jetzt auch nichts sagen. Automatisch würde ich wahrscheinlich die platzieren, die am meisten gesprochen werden. Aber das wäre jetzt nur ein Bauchgefühl. Dazu müsste man flankierend arbeiten, um zu sagen, das wäre eine gute Möglichkeit, um das beginnende ehrenamtliche Engagement, das jetzt in Berlin in den Jahren 2015/2016 sehr stark war, weiter abzufedern und zu sagen: Die Personen, die jetzt schon aktiv geworden sind, die in Strukturen gekommen sind, die jetzt sagen, hm, jetzt kommen immer weniger Geflüchtete, aber ich bin jetzt in der Position, arbeiten zu wollen, ob man die vielleicht auch für muttersprachlichen Unterricht in irgendeiner Form weiter ausbilden könnte. Darüber könnte man nachdenken. Das wäre ein Bereich.

Zu Willkommensklassen kann ich Ihnen gerne etwas schicken. Wir haben im letzten Jahr Mittel bewilligt bekommen. Es passt auch zu der Frage nach der prekären Mittelzuweisung. Ich weiß nicht, ob Sie alle wie viele in unserer Forschung diese Erfahrung gemacht haben, dass plötzlich im Jahr 2016 unglaublich viele Mittel da waren. Wir haben plötzlich Mittel in Höhe von 1,3 Millionen Euro vom Bundeskanzleramt bekommen, auszugeben in acht Monaten. Dann durften wir aber das Geld auch nicht weiter übertragen, es musste bis Ende des Jahres ausgegeben sein. Wir haben sehr viele Menschen eingestellt, die ad hoc kurzfristig Fluchtfor-

schung gemacht haben. Im Rahmen dessen haben wir eine Forschung zu Willkommensklassen gemacht, die ich Ihnen gerne zuschicken werde. Aber die Gelder waren dann zu Ende. Die Forschung konnte nicht nachhaltig weiter ausgebaut werden. Das ist in der Tat etwas mit diesen kurzfristigen Geldern, wo man eben nicht wirklich responsiv sein kann. Man erkennt ein Problem, man erkennt eine Forschungslücke, aber daraus Grundlagenforschung zu machen, das kann man nicht in acht Monaten. – Jetzt wieder ein Wechsel.

**Prof. Dr. Ruud Koopmans (WZB):** Den letzten Punkt möchte ich sehr stark unterstützen. Das ist bei uns auch schon mehrmals vorgekommen, dass Fragen auf uns zukamen, wo das Geld hier und jetzt verfügbar war und dann innerhalb von kurzer Zeit ausgegeben werden und auch die Antwort innerhalb von relativ kurzer Zeit vorliegen sollte. Das sind nicht die Art von Forschung und von Fragen, die wir beantworten können. Wir haben ein wissenschaftliches Selbstverständnis und müssen in erster Linie uns über wissenschaftliche Publikationen usw. legitimieren, das heißt, Forschung mit einem etwas längeren Zeithorizont. Wenn Sie sagen, wir möchten jetzt in sechs Monaten wissen, wie die Willkommensklassen funktionieren, dann würde ich sagen, sind Sie bei uns an der falschen Adresse, zumindest bei mir. Da wäre so etwas wie ein ressortforschungsähnliches Institut wie dieses DeZIM-Institut, das angemessene Instrument. Aber das WZB z. B. ist dafür nicht die angemessene Einrichtung. Aber für etwas längerfristig angelegte Forschung wäre das eine andere Sache.

Dann greife ich doch noch einmal die Drei-Punkte-Frage auf. Einen Punkt habe ich genannt, das war Bildung. Der zweite Punkt liegt auf der Hand. Das wäre die Integration von Geflüchteten. Und auch da gilt: Dafür wären dann zusätzliche Ressourcen nötig, und es stellt sich wieder diese Zugangsfrage. Auch da haben wir einiges versucht, um Forschung zu machen, z. B. Befragungen in Asylunterkünften. Da stoßen wir auf das gleiche Problem, die Zugangsfrage. Es wäre viel besser, wenn das irgendwie zentral geregelt werden könnte, dass wir über das Land Berlin die Bereitschaft bekommen, mitzuarbeiten z. B. an einer Befragung von Geflüchteten, die sich in Unterkünften befinden oder solchen, die Anerkennung bekommen haben, und diese dann bei der Integration zu verfolgen.

Der dritte Punkt wäre, das wäre weniger für das Land Berlin, das weiß ich nicht, die Frage der Migrationsursachen, also nicht nur Fluchtursachen, sondern Migrationsursachen mehr im Allgemeinen, zu klären. Da klafft wirklich eine große Forschungslücke. Ich glaube, da hinkt die deutsche Forschung mehr noch als bei der Integrationsfrage der internationalen Forschung hinterher. Ich glaube, da können wir auch von unseren beiden Instituten sprechen. Meine Abteilung heißt zwar Migration und Integration, aber wir machen eigentlich hauptsächlich Integrationsforschung. Wir würden natürlich gerne, auch weil wir immer mehr Fragen von der Öffentlichkeit und von der Politik bekommen, gerade über Migrationsprozesse, Migrationsursachen, Migrationssteuerung mehr machen, aber da fehlen uns zurzeit die Ressourcen.

Was ich noch im Allgemeinen betonen möchte, ist, dass in der letzten Zeit, in den letzten zehn Jahren in der wissenschaftlichen Diskussion die methodischen Standards immer stärker auf Forschungsdesigns setzen, die tatsächlich das Nachweisen von kausalen Wirkungen ermöglichen. Das sind längerfristig angelegte Erhebungen, klassischerweise Vorher-Nachher-Erhebungen. Man hat eine bestimmte Intervention, ein bestimmtes Ereignis, bestimmte Politikmaßnahmen, man befragt die Leute vor der Maßnahme oder vor der Intervention oder danach oder man arbeitet mit Random-Treatments, also willkürlich zugewiesene Interventionen, wie in der medizinischen Forschung z. B., wenn es um das Testen von Medikamenten geht,

bestimmte Probanden bekommen das zu testende Medikament, und andere bekommen ein Placebo. Solche Designs werden immer häufiger auch für soziale und politische Fragen angewandt und sind hervorragend geeignet, um z. B. zu untersuchen, ob eine bestimmte politische Maßnahme tatsächlich die Effekte erzielt, die damit beabsichtigt sind. Wir können natürlich keine politische Maßnahme erfinden, es ist für Wissenschaftler nicht so einfach, in der Wirklichkeit zu intervenieren, aber die Politik tut das natürlich tagtäglich. Da gäbe es hervorragende Möglichkeiten zusammenzuarbeiten, die sowohl für euch als Politiker hervorragend geeignet sind, um auch die eigene Leistung zu beurteilen, als auch für uns, weil sie genau den modernsten wissenschaftlichen methodischen Standards entsprechen würden. Für die Art von Forschung sehe ich ganz große Möglichkeiten für eine Partnerschaft zwischen Politik und Wissenschaft. – Jetzt gebe ich wieder zu Naika.

**Frau Prof. Dr. Naika Foroutan** (HU Berlin): Ich würde gerne noch auf die Frage Politikberatung in unserem Feld eingehen. Ich denke, das ist auch etwas, wo wir in den letzten Jahren gelernt haben, denn aus universitären Strukturen kommend, wird das erst einmal als sehr heikel angesehen. Das wird in vielen Fachbereichen nicht so gerne gesehen, wenn man das als Bereich der eigenen Forschung setzt. Da gibt es aber auch innerhalb der Forschungsgemeinschaft einen großen Wandel. Der DFG-Präsident Strohschneider hat im letzten Jahr einen großen Aufruf an die Wissenschaft gestartet, sich nicht so zu vergraben, sondern auch explizit den Austausch zu suchen. Das war, am Wissenschaftsstandort Deutschland ein wirklich wichtiger Aufruf, weil das lange, wenn man das getan hat, so gesehen wurde, als würde man eigentlich das Feld der Wissenschaft verlassen. Da haben sich sowohl das WZB als auch wir an der HU und das BIM in den letzten Jahren sehr stark geöffnet. Das ist auch eines der Kriterien unserer Forschungsarbeit.

Da Sie gefragt haben, wie unsere Institute mit der Stadt verbunden sind: Ihr habt doch z. B. das große Projekt mit Neukölln zusammen. Das hat Jutta Allmendinger mal gesagt. Wir arbeiten, stark in diesem Gesundheitssektor mit NGOs zusammen bei traumatisierten Geflüchteten. Aber weil wir mit dem DFB zusammen sind, arbeiten wir auch mit Sport- und Fußballvereinen. Wir arbeiten mit NGOs vor Ort, wo es um ehrenamtliche Arbeit geht. Ich glaube, unsere Institute sind beide so, dass wir unsere Forschungsergebnisse sehr aktiv nach draußen kommunizieren. Das ist nicht überall so.

Das, was Ruud gesagt hat, will ich unbedingt unterstützen, diese Frage von Migration oder Fluchtursachen. Es war in den letzten zwei Jahren extrem angefragt, dass man dazu etwas macht. Aber wir müssen zugeben, wir haben dazu kaum Forschung. Es stimmt, überall heißt es bei uns Institute für Migrations- und Integrationsforschung. In Wahrheit aber behandeln wir beide vor allen Dingen Fragen der Integrationsforschung und sehr wenig Fragen der Migration. Wenn wir einen Standort in Deutschland benennen sollten, wo das passiert, dann würden wir sagen, am allermeisten in Osnabrück am IMIS. Wenn ich jetzt Berliner Politikerin wäre, würde ich daran denken, dass das wichtiger ist oder dass das hier auf jeden Fall auch ausgebaut werden sollte. Wir haben deswegen dieses Projekt auch zusammen entwickelt, dieses Exit-Projekt, wo wir die Untersuchung ab dem Aufbruch bei der Migration in den Herkunftsländern über die Transitorte bis zur Ankunft machen wollen. Wir müssen erst gucken, wie wir den Markenkern ein bisschen profilieren können, weil sich Osnabrück in den letzten zwei Jahren sehr auf die Fluchtforschung draufgesetzt hat. Die gibt es schon seit 25 Jahren, die Osnabrücker. Aber wir müssen ein bisschen strategisch überlegen, wie wir das schaffen können, dass auch hier hinzubringen. Es wäre z. B. möglich, indem man externe Wissen-

schaftlerinnen und Wissenschaftler vielleicht als Fellows für ein Jahr oder länger aus dem Ausland holt. Solche Möglichkeiten gäbe es, oder eben in der Berufungspraxis, wenn man jetzt eher für Migration berufen würde, das wäre auch möglich. Das wäre auf jeden Fall etwas, finde ich, wo wir rein müssen – wegen Ihrer drei Punkte.

Wir würden uns gerne in der nächsten Zeit darum bemühen und sind auch auf der Suche nach Förderung und Unterstützung, machen das auch bei externen Partnern: Wir sind sehr daran interessiert, bei uns am BIM zukünftig eine Professur für Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft aufzubauen, weil wir merken, dass das Thema Antisemitismus – gerade auch mit Bezug auf Migrantinnen und Migranten – ein sehr wichtiges und zentrales ist. Wir haben dazu viele politische Meinungen und wenig fundierte Daten, wie weit das geht, wie veränderbar das ist, womit das zusammenhängt. Das, finden wir, ist eine Lücke. Das würden wir gerne ausbauen. Natürlich ist es so, dass man das, was Ruud macht, die Fragen von Extremismus, Islamismus noch weiter stärken könnte, auch mit der großen Frage Extremismus oder vielleicht Radikalisierung der Mitte in allen Bereichen, auch der bürgerlichen Mitte. Das kann man in ganz breitem Spektrum sehen, religiös begründet, rechts, links, da muss man eben überlegen, wie man mit den Worten umgeht, aber das ist grundsätzlich ein Forschungspunkt, den man aufnehmen kann. Wir haben dazu gerade mit der hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ein Pilotprojekt bei uns am BIM, wo wir diese Extremismen, die eben sehr viel stärker auch in bürgerlichen Gruppen, auch in migrantischen Milieus und nicht nur dort, sondern eben auch in bürgerlichen Gruppen im herkunftsdeutschen Milieu auftauchen, näher untersuchen. Ich denke, das ist auf jeden Fall ein wichtiges Thema.

Vielleicht noch abschließend zu den Fragen der Integrationsvorstellungen, weil Sie am Anfang feststellten, dass wir uns ja ganz offensichtlich unterschiedlich in der Öffentlichkeit positionieren. Das liegt aber auch daran, dass wir unterschiedliche Sachen erforschen. Ruud hat eben schon gesagt, dass er sich stark auf strukturelle Fragen in der Integrationsforschung konzentriert. Bei uns sind die Themen, wenn man Integrationsforschung macht, natürlich Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen, Gesundheit. Alle diese Fragen sind sehr wichtig, soziale Bezugspunkte sind wichtig, wir haben einen großen Punkt auf dem vierten Feld. Das sind eben Normen und Werte oder grundsätzlich normative oder ethische Fragen der Integrations- und Migrationsforschung wichtig. Das ist ein anderes Feld. Das ist, wie wenn wir beide Biologen wären, und er macht Genforschung, und ich mache Botanik oder Ernährung. Das heißt, da sind wir in unterschiedlichen Feldern tätig, werden aber beide von außen als dem einen Feld zugehörig wahrgenommen. Natürlich können wir politisch unterschiedlich platziert sein, aber wenn wir dann unsere empirischen Sachen zusammenführen, wissen wir, was die andere Person sagt.

Wir haben viel zu Netzwerken und Lebensstilen, Bildung und Normen und Werte, Ehrenamt, Zivilgesellschaft gemacht. Das ist bei uns stark. Die Integrationsvorstellung, mit der wir arbeiten, ist eben eine ausgeweitete Integrationsvorstellung. Das liegt aber auch nicht nur daran, dass wir damit arbeiten. Das hat sich schon in der Integrationsforschung in den letzten Jahren zunehmend verfestigt, dass Integration nicht nur etwas mit Migranten zu tun hat, sondern die Integration von Gesellschaft alle betrifft. Deswegen arbeiten wir mit dieser postmigrantischen Integrationsfrage, eben weg nur von den Migrantinnen und Migranten mit dem Blick darauf, was eine moderne Integrationsgesellschaft braucht. Und wenn sich Menschen in unterschiedlichen Stadtteilen Berlins desintegriert, nicht angenommen fühlen, nicht partizipieren können, dann sagen wir, müssen wir darauf reagieren, egal, ob diese Person migrantisch ist oder eben

herkunftsdeutsch. Wenn sie Integrationsbedarfe verspürt, dann müssen wir darauf auch vonseiten der Forschung reagieren und fragen, was eigentlich die Needs sind. Das ist dieser Begriff.

Und weil Sie gerade nach dem Markenkern fragten, der neu verhandelt werden muss: Das ist in der Tat die ganze Frage um die Leitbilddiskussion gewesen, dass eben jede Zeit ihre eigenen Vorstellungen davon hat, wie Zukunft aussehen kann, worauf man zusteuert. Ich denke, wir haben alle im Rahmen der politischen Debatten der letzten Jahre verstanden, dass man bestimmte Gruppen nicht aus den Augen verlieren darf bei den Fragen von Zugehörigkeit. Dabei meine ich nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern auch die ganzen Aufrufe aus Ostdeutschland, wo eben auch die Anforderung kommt: Schaut mehr auf uns! – Das ist eigentlich etwas, wo wir denken, das muss immer wieder neu verhandelt werden, wer zu diesen deutschen Wir dazugehört. Das ist unsere Integrationsperspektive, zu der wir forschen.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Ganz herzlichen Dank, Frau Prof. Foroutan, ganz herzlichen Dank, Herr Prof. Koopmans! – Wir haben ja heute ausreichend Zeit für eine Debatte. Es gibt bereits zwei Wortmeldungen für eine zweite Rederunde. Wenn Sie möchten, können Sie dann auch noch einmal Stellung nehmen. Zunächst Herr Schlüsselburg – bitte!

**Sebastian Schlüsselburg (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wurde davon motiviert, dass Frau Prof. Foroutan die neuesten Forschungserkenntnissen von Frau Prof. Stanat über die Aspekte der bilingualen Sprachförderung und die Auswirkungen auf den Deutschwerb erwähnt hat. Da hätte ich eine Bitte, und zwar: Ich hatte eben cursorisch auf der Forschungsunterseite des IQB versucht, möglicherweise einen Hinweis oder einen Link zu finden. Da habe ich es nicht gefunden. Vielleicht könnten Sie dem Ausschuss die Forschungsergebnisse dieser Studie zur Verfügung stellen, weil mich das tatsächlich sehr interessiert. – [Frau Prof. Dr. Naika Foroutan (HU Berlin): Wenn sie schon publiziert sind!] – Wenn sie schon publiziert sein sollten, stimmt. Das wäre tatsächlich auch für uns, für die politische Praxis und auch für das Abwägen und für mögliche Weichenstellungen eine sehr relevante Frage. Frau Prof. Stanat gehört ja, wenn man das so sagen darf, zum Olymp der empirischen Bildungsforschung in Deutschland, nicht nur, aber auch wegen ihrer Direktorenfunktion im IQB.

Aus meiner persönlichen Perspektive beachtet die Politik leider insbesondere, aber nicht nur, im Bereich der empirischen Bildungsforschung und der Forschungsbefunde der pädagogischen Psychologie viel zu selten diese Forschungsbefunde. Ich will nur ein Beispiel nennen: Wann immer man sowohl in den Medien als auch in Parlamenten Diskussionen über Klassengrößen hört, findet das relativ häufig bar der Kenntnisse der Forschungsergebnisse statt. Oft reicht ein Blick in das Handwörterbuch Pädagogische Psychologie, das sehr verkürzt, aber doch relativ überblicksartig die Forschungsergebnisse zu den einzelnen Stichworten aufgliedert. In der Politik wird das viel zu selten zum Bestandteil von Argumentationen. Das finde ich schade. Vor dem Hintergrund, um dieses eine konkrete Beispiel zu nehmen, fände ich es tatsächlich sehr sinnvoll, falls es schon veröffentlichungsfähig ist, uns als Ausschuss diesen Aspekt zur Verfügung zu stellen, insbesondere weil Sie gesagt haben, dass es da auch zu einer anderen Befundlage gekommen ist.

Vielleicht noch eine Frage dazu, falls Sie dazu etwas sagen können: Wir war denn da ungefähr das Forschungsdesign? Ich vermute, es wird vorwiegend mit den quantitativen Methoden

gearbeitet worden sein. Aber die Frage ist auch, ob an der einen oder anderen Stelle auch ein qualitativer Aspekt mit dabei war. Das ist auch immer so eine Geschichte, dass man nicht an allen Stellen der empirischen Bildungsforschung ein Zusammengehen von qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden hat. Deswegen frage ich, wann immer ich kann, danach, ob es an der einen oder anderen Stelle eine Verknüpfung gibt, damit man möglicherweise auch einmal beide Aspekte zusammen hat, einmal das quantitative Element und einmal auch bei Einzelfällen der Gang in die Tiefe anhand eines Beispiels oder mehrerer konkreter Beispiele. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Herr Schlüsselburg! – Die nächste Meldung ist von Frau Bentele. – Bitte schön!

**Hildegard Bentele** (CDU): Ich kann Sie absolut beruhigen. Das war nur eine Bestätigung dessen, was wir eigentlich, Frau Lasić und ich, auch verfolgen, dieses Mehrsprachigkeitskonzept auf richtig gute Beine zu stellen. Auf die Gefahr hin, dass ich mich jetzt total blamiere, ich habe auch gegoogelt: Aber welchem Ministerium sind Sie denn angegliedert? Ich habe derzeit in Deutschland kein Ministerium für Integration gefunden. Sind Sie bei Forschung? – [Frau Prof. Dr. Naika Foroutan (HU Berlin): Bei Familie!] – Im Familienministerium! Das finde ich interessant, wo das dann angegliedert ist, weil wir ein eigenes Integrationsministerium bisher noch nicht haben. Oder es ist mir nicht bekannt, dass es ein entsprechendes Ressort für das Forschungszentrum geben soll. Aber Sie sind beim Familienministerium, okay. – Danke!

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Frau Dr. Lasić, bitte!

**Dr. Maja Lasić** (SPD): Ich wollte noch einmal kurz auf den Wertekanon eingehen, den Sie, Frau Prof. Foroutan vorhin angesprochen haben. Der ist bei uns SPD-seitig in der letzten Zeit intensiv diskutiert worden. Sie haben sich vorhin vor allem aus dem Blick Ihrer Funktion als Professorin an der BIM geäußert. Mich interessiert jetzt eher Ihre politische Meinung dazu, gerade in dieser Leitkulturdebatte, wenn es darum geht, alle einzubeziehen, wo Sie in diesem Spagat zw. Leitkultur in Bezug auf das Grundgesetz stehen und wie Sie das Ganze einordnen.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Frau Dr. Lasić! – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann würde ich zunächst den Anzuhörenden das Wort erteilen und dann abschließend dem Staatssekretär. – Bitte schön, möchten Sie anfangen, Frau Prof. Foroutan?

**Frau Prof. Dr. Naika Foroutan** (HU Berlin): Gerne! Vielleicht fange ich gleich mit Frau Stanat an. Wie gesagt, ich würde sehr empfehlen, Frau Stanat einzuladen, um genau über diese Frage der Mehrsprachigkeit etwas zu hören. Sie hat sich lange damit auseinandergesetzt und es ist ihr Themenfeld. Ich weiß nicht, ob die Ergebnisse schon publiziert sind. Insofern wäre es am besten, dass Sie sie fragen. Ich kann sie auch direkt noch einmal fragen, ob sie bereit wäre, etwas vorab zu schicken, was aber meist schwierig ist; dazu etwas zu sagen, ja, aber wenn es nicht publiziert ist, glaube ich noch nicht. Aber das stimmt, was Sie sagen.

Es gibt auch einen anderen Befund von Frau Stanat, der ganz oft einfach überhört wird. Sie hat einmal eine Studie über Klassenkompositionen gemacht, wie Klassen zusammengestellt sind. Es gibt auch diesen Baugefühlsmythos, den man immer mit sich herumträgt, ab einem bestimmten Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund kippt die Klasse.

Und ganz oft ist es im Kopf, dass man sagt: 30 Prozent. Kein Mensch weiß, wie diese Zahl zustande gekommen ist. Frau Stanat hat dazu einmal zu Klassenzusammenstellungen, Klassenkompositionen gearbeitet. Wenn Sie das googeln, kommen Sie auf diese Studie. Sie kommt zu dem Befund, dass es vollkommen egal ist, wie viele Personen mit Migrationshintergrund in einer Klassenstruktur sind. Gucken Sie sich einmal diese Diplomatschulen an! Da sind 100 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund. Das ist eben immer eine Frage von Sozialkapital, wie viel man einbringen kann. Aber das wird auch oft vergessen, dass es dazu schon Studien gibt.

Dazu kann ich Ihnen z. B. sagen: Frankfurt am Main hat 70 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund unter 15, also sind 70 Prozent der Schulkinder mit Migrationshintergrund. Wenn Sie dort die 30-Prozent-Quote erreichen wollen, müssten Sie Busse aus Thüringen bringen, um die Klassen auszutauschen. Rein realpragmatisch ist es nicht denkbar, so etwas zu machen. Also muss man wahrscheinlich die Politik an die Strukturen, die es gibt, anpassen. Insofern gebe ich Ihnen recht, dass vieles davon nicht wahrgenommen wird.

Zum Design: Wie ich meine Kollegin kenne, wird es wohl vor allen Dingen quantitativ gewesen sein, aber das IQB ist auch relativ groß aufgestellt. Sie nehmen zunehmend qualitative Anteile mit rein. Hier diese Studie „Vielfalt im Klassenzimmer“ haben auch Petra Stanat und ich zusammen herausgegeben, es waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von uns beiden, die diese Studie durchgeführt haben.

Die Frage eben hat sich geklärt. Das ist im Familienministerium angesiedelt. Wir wissen nicht, ob es eine Änderung geben würde, falls es ein Integrationsministerium gäbe. Das meine ich eben, dass wir im Moment eben nicht wissen, ob es dann das DeZIM-Institut e. V. mitnehmen würde oder nicht. Alles das wissen wir derzeit noch nicht.

Und zur Frage der Leitkultur: Ja, wir haben uns ja damals bewusst für die Terminologie Leitbild entschieden, weil wir gesagt haben, Leitkultur ist eher etwas, was immer mit einem starken Blick auf die Vergangenheit geschieht, also was unsere Geschichte ist, wie wir zu dem wurden, was wir sind. Wenn wir davon ausgehen, dass mittlerweile 22,5 Prozent dieser Bevölkerung einen sogenannten Migrationshintergrund haben, also nicht schon immer dabei waren bei der Geschichte, wir aber sagen, wenn aber jede vierte Person hier diesen sogenannten Migrationshintergrund hat und an der Idee dieses Landes partizipieren will, dann ist es vielleicht besser, etwas Aspiratives, nach vorne Gewandtes zu entwickeln, was natürlich die Vergangenheit mitbedenkt, aber auch darüber gemeinsam nachdenkt, wo man hinwill. Das Leitbild hat eben eher etwas, das nach vorne weist. Die Idee, das vorzustellen, war, dass es eben in einem demokratischen Kanon geschieht. Wir wollten damals, dass das in Form von Bürgerdialogen deutschlandweit diskutiert wird, dass man da Gedanken sammelt und dann wie in einer Konklave zusammenkommt und darüber nachdenkt. Wir wollten auch, dass es so etwas gibt wie eine Enquete-Kommission im Bundestag, die darüber nachdenkt. Aber das ist nie so weit gekommen, leider. Das ist eigentlich ein Gedanke, der meiner Meinung nach durchaus auch parlamentarisch auf Landes- und Bundesebene immer wieder aufgegriffen werden kann.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Frau Prof. Foroutan! – Herr Prof. Koopmans, bitte!



**Prof. Dr. Ruud Koopmans (WZB):** Vielleicht sage ich noch etwas zu diesem letzten Thema Leitkultur, weil ich da eine etwas andere Position habe, vielleicht nicht überraschend. Klar, eine nationale Identität, Leitkultur oder wie man es immer nennen will, hat auch etwas zu tun mit einer gemeinsamen Vorstellung von der Zukunft, aber es hat auch sehr viel zu tun mit einer gemeinsamen Idee und einer gemeinsamen Verantwortung für eine Vergangenheit mit seinen guten und seinen schwarzen oder braunen Seiten. Da kann man nicht einfach sagen, es gibt 22,5 Prozent, die nicht schon immer hier waren und die deshalb irgendwie nicht betroffen sind. Es gibt ungefähr 100 Prozent, die hier sitzen, die nicht schon immer da waren. Trotzdem: Auch wenn wir selbst nicht dabei waren, sollten wir uns alle als Einwohner Deutschlands verantwortlich fühlen z. B. für die Gräueltaten des Naziregimes. Das hat nichts zu tun damit, ob man hier geboren wurde oder ob seine Eltern hier geboren wurden oder nicht, das ist eine gemeinsame deutsche Verantwortlichkeit, die natürlich auch etwas für heute und für die Zukunft bedeutet. In dem Sinn hat Leitkultur auch eine sehr wichtige geschichtliche Komponente.

Wenn man über die Rolle von Kultur in Integrationsprozessen spricht, dann ist es wichtig, zwischen normativen und empirischen Zusammenhängen zu unterscheiden. Als eine normative Debatte ist es auch eine Debatte, die wir als Wissenschaftler nicht entscheiden können, es sei denn, wir wären Philosophen, was wir beide nicht sind. Wir haben dazu eine Meinung, wie alle hier um den Tisch wahrscheinlich, aber wie viel Anpassung an eine existierende und sich verändernde Leitkultur von Migranten verlangt werden kann und soll, wie die Mischung sein soll, das ist die Frage. Wir sind uns vielleicht einig darüber, dass natürlich Integration oder auch kulturelle Anpassung von zwei Seiten kommen soll. Das ist, denke ich, selbstverständlich. Es geht darum, was genau das richtige Verhältnis ist.

Da komme ich auf das Zweite, wie man darüber denkt, normativ gesehen, wie viel Anpassung von beiden Seiten verlangt werden soll. Man kann das empirisch untersuchen, und das ist meine Herangehensweise an die Frage der Bedeutung der Kultur für die Integration. Da ist mein Befund, wie immer man jetzt normativ darüber denkt, dass kulturelle Anpassung, Assimilation oder wie man das auch nennen will, für das Gelingen der Integration in nichtkulturellen Bereichen – Arbeitsmarkt, Bildung, Politik usw. – extrem wichtig ist. Man kann zwar normativ finden, dass diese Anpassung nicht wichtig ist, aber tatsächlich redet man, wenn man einem Migranten die Botschaft mitgibt, dass kulturelle Anpassung unwichtig oder sogar unerwünscht ist, ihnen letztendlich etwas ein, das für den eigenen Integrationserfolg und letztendlich für die Migranten selbst schlecht ist.

Deshalb ist es wichtig, die eigene normative Position von der empirischen Bedeutung von Kultur zu unterscheiden. Da ist es nicht eine Frage davon, dass wir unbedingt unterschiedliche Sachen untersuchen, weil ich untersuche auch Diskriminierung, ich habe ein Riesenprojekt im Moment bei der Arbeitsmarktdiskriminierung, aber eine der Hauptbefunde davon ist, dass auch Diskriminierung vor allem aus kulturellen Gründen stattfindet. Wir haben ein relativ einzigartiges Design, wo wir auseinanderziehen können, ob Diskriminierung etwas mit dem Aussehen zu tun hat oder etwas mit dem kulturellen Hintergrund. Es ist der kulturelle Hintergrund, der entscheidend ist. Also Schwarze, die aus den USA stammen, haben kaum mit Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu tun. Muslime, auch wenn sie aussehen, wie wir alle hier am Tisch, also nicht als eine Person mit Migrationshintergrund erkennbar sind, werden wohl diskriminiert. Es ist die religiöse Komponente der kulturellen Differenz, die da entscheidend ist. Da können wir uns wahrscheinlich auch treffen. Aber es ist im-

mer wichtig, die Sachen empirisch zu untersuchen. Und wenn empirisch herauskommt – ich habe die Studie noch nicht gelesen, aber das ist auch so etwas, wozu eine solche Vernetzung der Wissenschaft notwendig ist –, wenn die Frau Stanat herausgefunden hat, dass der muttersprachliche Unterricht schon hilft, dann bin ich gerne bereit, meine Meinung, die ich auch zum großen Teil aus der vorherigen Meinung von Frau Stanat abgeleitet habe, zu revidieren. Das ist Wissenschaft, wenn man es ernst nimmt.

**Frau Prof. Dr. Naika Foroutan** (HU Berlin): Dazu muss ich etwas sagen. Achten Sie bitte auf diese Studie, die kommt! Wir haben nämlich letzte Woche die Leute eingeladen, sie bei uns zu präsentieren. Es war wirklich beeindruckend und deprimierend, extrem deprimierend, ehrlich gesagt, weil die Kolleginnen und Kollegen, die das gemacht haben, haben wirklich ein sehr beeindruckendes Design gemacht und eben Bewerbungsunterlagen, ich weiß gar nicht, wie viele, Tausende, verschickt haben, um festzustellen, ob wirklich so stark auf Basis von Leistungen eingeladen wird. Sie kamen am Ende zu dem Befund, deswegen sage ich deprimierend: Bei den Muslimen, die sich beworben haben, war es am Ende völlig egal, wie gute Schulabschlüsse sie hatten, wie gut sie vernetzt waren, wie gute Arbeitsmarkterfahrung sie im Vorfeld hatten; sie wurden eindeutig überproportional diskriminiert, nicht eingeladen, nicht zurückgerufen etc.

Das sind natürlich Befunde, wo man gar nicht mehr so normativ mitargumentieren kann, weil wir im Moment Gott sei Dank diese Debatte auch über einen ganz anderen Punkt zurückgespielt, nämlich über die Ostdeutschlanddebatte. Deswegen arbeiten wir gerade sehr stark an einem Survey, an einer Erhebung, wo wir versuchen, Ähnlichkeiten zw. den Diskriminierungserfahrungen in Ostdeutschland und den Diskriminierungserfahrungen bei Migrantinnen und Migranten herauszuarbeiten. Jetzt haben wir vor zwei oder drei Wochen erstmalig deutlich darüber diskutiert, wie wenig Ostdeutsche in Führungspositionen repräsentiert sind. Dass wir das überhaupt erst nach fast 30 Jahren diskutieren, ist schon absurd, dass wir so lange dafür gebraucht haben, aber diese Debatten um Universitäten in Ostdeutschland, die allesamt von westdeutschen Präsidenten und Präsidentinnen geleitet werden: Wie kann so etwas passieren? Diese Fragen sind einfach relevant, wenn wir in die Zukunft schauen wollen. Können wir es uns leisten, systematisch Gruppen außen vor zu lassen? Das ist etwas, was wir mit empirischen Befunden zeigen können, dass wenn es so weitergeht, es einfach an allen Ecken und Enden knallt. Darauf werden wir ein Auge haben müssen.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Frau Prof. Foroutan! – Jetzt haben wir noch einmal eine Wortmeldung. Wollen wir noch einmal eine Rederunde aufmachen? – Frau Bentele!

**Hildegard Bentele** (CDU): Das finde ich jetzt spannend. Mich würde interessieren: Wird bei Bewerbungsunterlagen die Religionszugehörigkeit abgefragt oder angegeben? Ich erinnere mich nicht daran, ein einziges Mal „katholisch“ hingeschrieben zu haben. Das würde mich interessieren: Ist das gängige Praxis? Könnte man dem nicht einfach so begegnen, dass man das in Zukunft nicht mehr abfragt?

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Frau Lasić! Sie wollten auch noch einmal? – Gerne!

**Dr. Maja Lasić** (SPD): Ich habe eher ein Statement. Als Sie sich vorhin zum Thema Leitkultur geäußert haben, haben Sie einfach empirische Forschung anhand der momentan herr-

schenden Zustände gemacht. Unsere Gesellschaft ist nun einmal so, dass der angestrebte Weg der Integration ein Stückweit Assimilation beinhaltet, damit man auch erfolgreich bleibt. Insofern überrascht es mich nicht, wenn Sie das so schildern. Der politische Diskurs, der aber geführt werden muss, ist nichts, was Sie untersuchen müssen, sondern die politische Debatte sollte sein: Wie bringen wir unsere Gesellschaft auf eine andere Ebene, in der die Assimilation für die sinnvolle Teilhabe an dieser Gesellschaft nicht zwingend Voraussetzung ist? Deswegen ist das ein Stück weit abgekoppelt von dem, was Sie geschildert haben und eher die Vision, an der wir politisch arbeiten müssen.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Frau Dr. Lasić! – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Herr Prof. Koopmans möchte noch etwas sagen. – Bitte schön!

**Prof. Dr. Ruud Koopmans (WZB):** Ja, da kann ich gerne etwas sagen. Was wir gemacht haben: Aussehen ist relativ einfach in Deutschland, international gesehen, ziemlich einzigartig, dass man sich mit Foto bewerben kann. Deshalb haben wir da auch Hoffnung, da wirklich auf die internationale Debatte Einfluss zu nehmen. Das haben wir über Fotos gemacht, alles von dunkelschwarz bis skandinavisch-weiß. Man kann das natürlich schön kreuzen mit Nationalität, weil es viele Nationalitätengruppen mit Phänotyp gibt, z. B. deutsch – es gibt alles zwischen ganz dunkelhaarig und ganz skandinavisch blond – usw. Wie sieht ein Türke aus? – Das kann auch ganz viel sein. Das haben wir so viel wie möglich variiert. Die Religionskomponente haben wir relativ versteckt via ehrenamtliche Tätigkeit in einem Sozialverein z. B. Sozialverein Recklinghausen, wenn die Person aus Recklinghausen war, in den anderen Fällen war es der christliche Sozialverein Recklinghausen oder der islamische Sozialverein Recklinghausen oder der buddhistische oder hinduistische Sozialverein. Diese kleine Manipulation führte schon dazu, dass Leute mit muslimischem Sozialverein signifikant weniger eingeladen wurden. Das war nicht so nicht bei buddhistischem oder hinduistischem, das war anscheinend unproblematisch, zwischen christlich und neutral gab es auch keinen Unterschied. Wir haben das noch einmal verfeinert.

Noch einen Punkt zu Ihrer Anmerkung, das ist eine sehr interessante Diskussion: Ja, Sie haben schon recht, natürlich kann man da politisch versuchen, die Normen anders zu setzen. Aber ich glaube, es ist eine Illusion zu glauben, dass eine Einwanderungsgesellschaft ohne Assimilation funktionieren kann. Es ist rein zahlenmäßig so. Wir reden über etwa 20 Prozent Personen und 80 Prozent ohne Migrationshintergrund. Schon aus dem Gesichtspunkt heraus werden sich die 20 Prozent mehr anpassen müssen als die 80 Prozent, die schon da sind. Man muss auch sagen, viele von den 20 Prozent sind auch schon ganz lange hier und sind schon assimiliert. Leute, die neu hierherkommen, werden sich natürlich in vielen Bereichen einfach an die hiesigen Gepflogenheiten anpassen müssen, nicht weil wir sie zwingen müssen, aber weil es ihr Eigeninteresse ist. Die meisten verstehen das auch ganz selbstverständlich. Die Sprache ist natürlich wichtig, das braucht man gar nicht mehr zu diskutieren. Aber das gilt auch für viele andere Bereiche. Es ist illusionär zu denken, dass man dieses fundamentale Gesetz in einer Einwanderungsgesellschaft wirklich außer Kraft setzen kann.

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Herr Prof. Koopmans! – Wir kommen jetzt abschließend zu einer ganz kurzen Stellungnahme des Senats. – Bitte schön!

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzl):** Vielen Dank! – Ich denke, die Diskussion hat gezeigt, wie wichtig die Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung ist, hat aber auch gezeigt,

dass wir hier in Berlin schon sehr engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Bereich haben. Zwei kurze Anmerkungen: Sie sagten, dass Sie Schwierigkeiten haben bezüglich Umfragen oder Erhebungen im Bereich von Willkommensklassen oder auch bei Geflüchteten. Wenn wir da behilflich sein können – wir sind nicht direkt die Ansprechpartner, aber die Bildungsverwaltung oder die Verwaltung für Integration, Arbeit und Soziales –, sind wir das natürlich.

Eine zweite Anmerkung zu einer möglichen Professur im Bereich Antisemitismusforschung: Da vielleicht nur als Hinweis: Wir haben vor Kurzem zwei neue Professuren im Bereich Antisemitismusforschung an der TU am Zentrum für Antisemitismusforschung eingerichtet, die sich zumindest auch ein bisschen anschauen wollen, wie die Situation bei Schülerinnen und Schülern ist. Vielleicht gibt es da Verbindungen, die Sie nutzen können.

Dann noch zwei Hinweise zum neuen Hochschulvertrag ab 2018, wo wir – wir haben ja auch das eine oder andere Mal darüber gesprochen – genau das aufnehmen, dass es bisher eine – sage ich jetzt mal – prekäre Finanzierung gegeben hat. Und wir versuchen, mit den zusätzlichen vier Professuren das auf festere Beine zu stellen, um nicht das weiterzumachen, was möglicherweise im Jahr 2016 passiert ist, dass das Kanzleramt mal eben mit 1,2 Millionen Euro oder was auch immer um die Ecke kommt. Das kann auch mal hilfreich sein, aber sollte natürlich nicht Ersatz für langfristige Forschung sein.

Deswegen abschließend auch noch einen Satz zum DeZIM: Das war schon eine Forderung nicht nur aus der Wissenschaft, aber insbesondere aus der Wissenschaft. Aber wir haben uns dem aber relativ schnell angeschlossen. Es war – das sage ich mal ganz offen, auch wenn wir sonst stark vom Bundesministerium für Bildung und Forschung als Standort profitieren –, ein bisschen enttäuschend, dass da das Interesse nicht so ganz ausgeprägt war. Umso wichtiger war es dann, dass das Bundesministerium für Familie – das BMFSJ – sich bereit erklärt hat, da aktiv zu werden. Es ist uns dann gelungen, diesen Sitz, auch wenn noch viele weitere Akteure darin beschäftigt sind, nach Berlin zu bekommen. Ich glaube, die Ausgangsbasis ist gut für die Migrations- und Integrationsforschung, aber wir können alle gemeinsam in den nächsten Jahren noch weiter daran arbeiten, dass sie noch besser wird. – Herzlichen Dank!

**Vorsitzender Martin Trefzer:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Ich schlage vor, dass wir die Besprechung bis zur Vorlage des Wortprotokolls verschieben. Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Damit ist die Anhörung beendet. Ich danke beiden Anzuhörenden für die engagierte Stellungnahme. Ganz herzlichen Dank, Frau Prof. Foroutan, Herr Prof. Koopmans!

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/0359

**Bereitstellung eines Fonds zur Aufarbeitung der  
Berliner Medizingeschichte**

[0017](#)

WissForsch

GesPflGleich

Haupt

Kult(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.